

Hohenems, am 09.07.2021

Niederschrift

über die am Dienstag, dem 6. Juli 2021 um 19:00 Uhr im Löwensaal, stattgefundene

8. öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Liste Dieter Egger:

Bgm. Dieter Egger
StV. Christian Hefel
StR. Mag. (FH) Markus Klien
StR. Milina Kloiber
StV. MAS Johannes Drexel
StR. Erika Kawasser
StR. Dietmar Amann
StV. Arno Bentele
StV. Johann Großschedl
StV. Klaus Kühne
StV. Norbert Fenkart
StV. Robert Schneider
StV. Andreas Sohm
StV. Dietmar Wehinger
EM. Ilse Granig
EM. Günther Messner
EM. Werner Rampler

Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger

Hohenemser Volkspartei - Team Gerhard Stoppel:

StR. Gerhard Stoppel
StR. Angelika Benzer
StV. Helmut Troy
StV. Cornel Müller
StV. Birgit M. König
StV. MBA Philipp Schuler
StV. Ing. Dieter Mathis

Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei

Grüne und Parteifreie:

StV. Gabriele Bächle
StV. Mag. Sabine Mohr-Egger
StV. Mag. Stefan Birkel
StV. Maria Benzer

Grüne und Parteifreie
Grüne und Parteifreie
Grüne und Parteifreie
Grüne und Parteifreie

	EM. Karl Hirschböck EM. Nina Amann	Grüne und Parteifreie Grüne und Parteifreie
Ems isch üsr:	StR. DSA Bernhard Amann StV. Osman Güvenc StV. Gökhan Ugurlu StV. Roswitha Sahler	Ems isch üsr Ems isch üsr Ems isch üsr Ems isch üsr
Steinbruch - Gegner:	StV. DDr. Arnulf Häfele	Steinbruch - Gegner
SPÖ Hohenems und Parteifreie:	StV. Günter Zechner	SPÖ Hohenems
Auskunftsperson:	Dr. Markus Kranz	
Schriftführerin:	Birgit Amann	
Entschuldigt:	StV. Kurt Aberer StV. Iris Kaulfus StV. Anton Strammer Vizebgm. Mag. Patricia Tschallener StV. Robert Isopp	Liste Dieter Egger Liste Dieter Egger Liste Dieter Egger Grüne und Parteifreie Grüne und Parteifreie

Tagesordnung

1. Begrüßung und Fragestunde
2. Mitteilungen des Bürgermeisters
3. Besetzung von Ausschüssen
4. Entsendung von Personen in Kommissionen, Beiräte, Versammlungen
5. Ersatzbeschaffung Unimog mit Schneepflug und Salz-/Splittstreuer
6. Darlehensmanagement: Rahmenbeschluss für Umschuldung von Darlehen auf eine fixe Verzinsung
7. Abfallbeseitigung: Anschaffung Solarpressbehälter
8. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, GSt.-Nr. 8952, Salomon-Sulzer-Straße
9. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, GSt.-Nr. 8779, „Billa“, Lustenauer Straße - Beschluss der Änderung
10. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, GST 650/1, 650/2, 650/3 - Beschluss der Änderung
11. Verordnung Mindestmaß baulicher Nutzung für GSt.-Nr. 650/2 - Beschluss
12. Änderung des Flächenwidmungsplans für GSt. Nr. 7876, Jürgen Mathis - Veröffentlichung Entwurf
13. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, GST 2344 – Veröffentlichung Entwurf (inkl UEP)
14. Antrag der SPÖ Hohenems & Parteifreie und Ems isch üsr: LKW-Fahrverbot Rheinauen-Rheinfähre
15. Antrag der SPÖ Hohenems & Parteifreie: Übernahme des Selbstbehaltes der digitalen Endgeräte für Schüler:innen der 5. und 6. Schulstufe
16. Kundmachung eines Landtagsbeschlusses betreffend ein Gesetz über eine Änderung des Landesforstgesetzes
17. Beantwortung von Anfragen gemäß § 38 Abs. 4 Gemeindegesetz
18. Genehmigung der Niederschrift über die 7. Sitzung der Stadtvertretung
19. Allfälliges

Verlauf:

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden StadtvertreterInnen, BürgerInnen, Zuseher im Livestream sowie die Presse und stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig ergangen und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Der Bürgermeister sagt, dass es Fragen wegen der Maske gibt. Hier gilt die 3-G-Regel und diese ist zu beachten.

1. Begrüßung und Fragestunde

Herr Josef Malenschek meldet sich zur Baustelle an der Radetzkystraße zu Wort.

2. Mitteilungen des Bürgermeisters

Keine Mitteilungen.

3. Besetzung von Ausschüssen

Keine Wortmeldung.

4. Entsendung von Personen in Kommissionen, Beiräte, Versammlungen

StV. Klaus Kühne stellt folgenden **Antrag**:

Wasserverband Landgraben – neues Mitglied Milina Kloiber statt Markus Klien

Wasserverband Koblacher Kanal - neues Mitglied Milina Kloiber statt Markus Klien

Der **Antrag** wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

5. Ersatzbeschaffung Unimog mit Schneepflug und Salz-/Splittstreuer

Der Bürgermeister erläutert den Antrag. Es ist ein Vorgriff auf das Budget 2022.

StV. Philipp Schuler: Ich wünsche allen Anwesenden einen schönen Abend. Unsere Werkhofmitarbeiter leisten jeden Winter eine sehr gute Arbeit. Einen herzlichen Dank dafür an alle. Wir haben uns bei der Fachabteilung erkundigt. Der korrekte Weg über die Bundesbeschaffung wurde gegangen. Wir können der Beschaffung des vorgeschlagenen Modells zustimmen.

Der **Antrag** lautend auf:

1. Für die Anschaffung eines neuen Unimogs inkl. Schneepflug und Streuautomat werden im Vorschlag 2022 auf dem Konto 1/6170-0400 € 245.100 und auf dem Konto 1/8140-0400 € 43.900 bereitgestellt.

2. Vergabe des Lieferauftrages „Neuanschaffung Unimog“ und Zusatzgeräte „Schneepflug und Streuautomat“ an die Firma Pappas Auto GmbH, 5301 Eugendorf zu brutto € 295.485,11.

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

Der Bürgermeister kann sich dem Dank von StV. Philipp Schuler an die Mitarbeiter vom Werkhof nur anschließen. Im letzten Winter wurde Unglaubliches geleistet.

6. Darlehensmanagement: Rahmenbeschluss für Umschuldung von Darlehen auf eine fixe Verzinsung

Bürgermeister Dieter Egger erläutert den Antrag. Am Beginn der Sitzung wird ein neuer Vorlagebericht mit den Änderungen verteilt.

StV. Dieter Mathis wünscht allen einen schönen guten Abend im Saal und beim Livestream. Wir stimmen hier über 13,9 Mio. Euro ab. Beim aktuellen Marktumfeld sollen die Bedingungen längerfristig abgesichert werden. Es müssen klare Bedingungen sein. Aus meiner Sicht ist es gewährleistet, auch durch die Rückmeldung der Gebarungsabteilung. Zusätzlich muss bei einer Umschuldung der Bürgermeister in der nächsten Stadtvertretungssitzung darüber informieren.

StR. Bernhard Amann begrüßt auch alle. Ich habe immer Probleme mit solchen Vorschlägen und Beschlüssen. Beschlüsse sollen auf mehrere Personen aufgeteilt werden. Dem Stadtrat soll nicht die ganze Arbeit abgenommen werden.

Bürgermeister: Bernhard, ich bin voll bei dir, dass es eine Kontrolle gibt. Es ist im Sinne der Wirtschaftlichkeit. Wir können so viel schneller reagieren.

Der **Antrag** lautend auf:

1. Umschuldung der Darlehen

- **VS Schwefel, Neubau**
3-Monats-Euribor + 0,80%, Zinssatz per 30.06.2021 0,264%
- **KIGA Hellbrunnenstraße**
3-Monats-Euribor +0,59%, Zinssatz per 30.06.2021 0,184% (Mindestverzinsung)

in eine fixe Verzinsung wenn folgende Parameter eingetroffen sind:

- a) Der Fixzinssatz darf höchstens 0,30% betragen.
- b) Die neue Darlehenshöhe darf nicht höher sein, als der Darlehensrest des bestehenden Darlehens.
- c) Die neue Laufzeit darf nicht länger sein, als die Restlaufzeit des bestehenden Darlehens.

2. Die Stadt Hohenems übernimmt im Zusammenhang mit der Umschuldung folgender Darlehen durch die Stadt Hohenems Immobilienverwaltungs-GmbH & Co KG (GIG) die Bürgschaft über den Darlehensrest des bestehenden Darlehens gem. Pkt. 1. b) dieses Beschlusses im Sinne des § 1357 ABGB; die Parameter gem Punkt 1. lit a und 1. lit c sind zusätzlich bei der Umschuldung durch den GIG-Beirat anzuwenden. Die bisherige Bürgschaft für das „Alt-Darlehen“ erlischt mit der neuen Bürgschaft. Die

Übernahme der Bürgschaft gilt vorbehaltlich eines vorliegenden Umschuldungs-Beschlusses durch den Beirat der GIG.

- **MS Herrenried, Sanierung Sporthalle**

3-Monats-Euribor +0,59%, Zinssatz per 30.06.2021 0,184% (Mindestverzinsung)

3. Die Durchführung dieser Beschlüsse gem. §§ 50 (1) lit b Z 3 und Z 4 GG des Kollegialorganes Stadtvertretung obliegt gem. § 66 (1) lit d GG dem Bürgermeister. Bei Vornahme einer Darlehensumschuldung oder Übernahme einer Bürgschaft im Rahmen dieses Stadtvertretungsbeschlusses ist die Stadtvertretung in der unmittelbar darauf folgenden Sitzung durch den Bürgermeister unter einem eigenen Tagesordnungspunkt zu informieren.

wird mit 36:0 Stimmen angenommen.

7. Abfallbeseitigung: Anschaffung Solarpressbehälter

StR. Gerhard Stoppel begrüßt auch alle. Die Anschaffungssumme ist sehr hoch, aber die Investition ist sinnvoll. Es gibt keine Leerfahrten und es ist effizient.

StV. Stefan Birkel begrüßt alle. Ich arbeite seit 20 Jahren in der Abfallwirtschaft. Abfallbehälter sind ein wichtiges Thema. Wir haben als Fraktion nichts dagegen, dass diese Behälter angeschafft werden. Was mich wundert, dass wir keinen Plan für die Abfallwirtschaft haben. Für die kommunale Abfallwirtschaft wäre sehr sinnvoll, in eine Planung zu investieren und dann nach diesem Plan die Schritte zu setzen. Grundsätzlich habe ich keine Ablehnung, aber den Wunsch nach Planung in der Abfallwirtschaft.

Bürgermeister Dieter Egger: Wir haben einige diese Behälter schon in Gebrauch. Der Abfall wird gepresst und komprimiert. Geschlossene Behältnisse sind einfach besser und es ist einfach ringsum viel sauberer. Das Verhalten der Menschen ist besser. Das neue Modell hat einen Fußkickschalter und muss es nichts mehr von Hand angefasst werden. Es ist auch ein Aschenbecher integriert. Wien und St. Pölten sind auch schon dran.

Ein Dankeschön gebührt Str. Gerhard Stoppel und StR. Markus Klien für die geleistete Arbeit.

Der **Antrag** lautend auf:

1. Das mit € 12.900 dotiert Konto 1/8520-0420, Betrieb der Abfallbeseitigung, Anschaffung Sammelbehältern kann um € 57.400 überschritten werden.

2. Die Bedeckung erfolgt durch eine Entnahme aus der Rücklage Abfallbeseitigung in Höhe von € 57.400.

3. Ankauf von 10 Solarpressbehältern von der Rewin Austria GmbH, Hohenems, lt. Angebot vom 9.6.2021 um gesamt netto € 57.413,30 inkl. 1 Jahr Übertragungssoftware, Aufstellung, Einschulung und Inbetriebnahme.

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

8. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, GSt-Nr. 8952, Salomon-Sulzer-Straße

StR. Markus Klien erläutert den Antrag. Diese Umwidmung ist auch für den Fuß- und Radweg sehr wichtig.

StV. Philipp Schuler: Es kam eine sehr späte Rückmeldung auf meine Frage an Markus Klien. Prinzipiell sollten diese Punkte zuerst im Planungs-, Bau- und Stadtwerkeausschuss behandelt werden. Ich bitte solche Punkte im Ausschuss zu behandeln und nicht in der Stadtvertretung. Die Ausschussarbeit sollte ordnungsgemäß abgehalten werden.

StR. Markus Klien: Dein Email ist leider im Spam-Filter gelandet. Was den Ausschuss betrifft, wurde es bereits kurz behandelt.

StV. Arnulf Häfele: Die Fläche soll ja demnächst verkauft werden. Dazu stelle ich eine **Anfrage** nach § 38 Abs. 4 GG: Wie erfolgt die Auswahl der Käufer? Ich möchte die genauen Kriterien erfahren.

Bürgermeister: Ein Verkauf der Grundstücke ist nicht der Beschluss des Bürgermeisters, sondern der Stadtvertretung. Es ist keine Einzelentscheidung von uns oder von mir.

StV. Arnulf Häfele: Meine Frage war, kommen die Angebote verschlossen oder offen? Wer trifft hier eine Entscheidung?

Bürgermeister: Es ist nicht anonym. Eine Beratung erfolgt auch im Planungs- und Finanzausschuss. Die Angebote landen in der Liegenschaftsabteilung. Wir schauen auf Bebauungsmodelle, leistbares Wohnen, Bestbieter, usw. Die Fachausschüsse sind vorberatend und die Entscheidung liegt bei der Stadtvertretung.

StV. Arnulf Häfele: Werden Gespräche im Vorfeld mit den Anbietern gemacht?

Bürgermeister: Es wird nur ein Gespräch geführt, falls es Rückfragen gibt.

StR. Bernhard Amann: Knapp 100 m weiter haben wir ein Grundstück für unser Rathaus um € 960,00/m² gekauft. Gibt es Grenzen nach unten und oben? Ich bin für bezahlbares Wohnen, aber ich bin nicht dafür, dass die Grundstücke verschenkt werden. Ist auch ein Baurecht angedacht?

Bgm. Dieter Egger: Wir antworten den Bewerbern erst nach der Beschlussfassung in der Stadtvertretung.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung der Stadt Hohenems beschließt den Entwurf zur Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für Grundstück mit Nr. 8952, KG Hohenems, gemäß der zeichnerischen Darstellung im beiliegenden Plan (Plan-Zl h031.2-14/2021 vom 16.05.2021) und Auflage gemäß § 23 iVm § 21 Raumplanungsgesetz.

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

9. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, GSt.-Nr. 8779, „Billa“, Lustenauer Straße - Beschluss der Änderung

StR. Markus Klien erläutert den Antrag.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung der Stadt Hohenems beschließt die Teiländerung des Flächenwidmungsplanes mit einer Befristung von 7 Jahren für die Liegenschaft Gst.-Nr. 8779, KG 92004 laut der zeichnerischen Darstellung im beiliegenden Plan (Plan-ZI h031.2-4/2021 vom 01.04.2021) gemäß § 23 Raumplanungsgesetz.

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

10. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, GST 650/1, 650/2, 650/3 - Beschluss der Änderung

StR. Markus Klien erläutert den Antrag.

StV. Sabine Mohr-Egger begrüßt alle Anwesenden. Die Grünen und Parteifreien stimmen gegen diesen Antrag. Die Umwidmung geht in die falsche Richtung. Sie geht gegen die Sicherung von Landwirtschaftsflächen. Es werden der Landwirtschaft wieder 2000 m² genommen. Wir haben doch in der Pandemie erlebt wie wichtig die Nahversorgung ist. Wir müssten dann viele Grundstücke umwidmen, wenn Landwirte in Pension gehen oder aufhören möchten. Das führt zu einem Fleckerlteppich, dass innerhalb von landwirtschaftlichen Grundstücken wieder Bauland ist. Das ist nicht im Sinne des Raumplanungsgesetzes. Ich fordere alle StadtvertreterInnen auf, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

StV. Dieter Mathis: Diesen Tagesordnungspunkt hatten wir ja schon auf der 6. Stadtvertretungssitzung. Ich kann diesem Antrag nicht zustimmen. Das Ansuchen ist für mich nachvollziehbar und verständlich, dass hier aber die ganze Fläche umgewidmet werden soll, das sehe ich hier aber nicht. An meiner ablehnenden Haltung hat sich zu diesem Punkt nichts geändert. Ich werde dem Antrag in dieser Form nicht zustimmen.

StR. Markus Klien: Man muss wissen, dass es um eine Anpassung des tatsächlichen Bestandes ist. Es wird auch einiges rückgewidmet. Ich verstehe das Ansinnen des Eigentümers und der Fachabteilung.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung der Stadt Hohenems beschließt die Teiländerung des Flächenwidmungsplanes mit einer Befristung von 7 Jahren für die Liegenschaften Gst.-Nr. 650/1, 650/2, 650/3, KG 92004 laut der zeichnerischen Darstellung im beiliegenden Plan (Plan-ZI h031.2-10/2020 vom 17.03.2021) gemäß § 23 Raumplanungsgesetz.

wird mit 19:17 Stimmen **abgelehnt**.

11. Verordnung Mindestmaß baulicher Nutzung für Gst.-Nr. 650/2 - Beschluss

StR. Markus Klien erläutert den Antrag.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung der Stadt Hohenems beschließt die Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung für die Liegenschaften GSt-Nr. 650/2, KG Hohenems mit einer Baunutzungszahl 10, gemäß dem beiliegenden Verordnungsentwurf gemäß § 31 RPG.

wird mit 18:18 Stimmen **abgelehnt**.

12. Änderung des Flächenwidmungsplans für GSt. Nr. 7876, Jürgen Mathis - Veröffentlichung Entwurf

StR. Markus Klien erläutert den Antrag.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung der Stadt Hohenems beschließt die Auflage zur Änderung des Flächenwidmungsplanes für die Liegenschaft GSt. Nr. 7876 laut der zeichnerischen Darstellung im beiliegenden Plan (Plan-Zl. h031.2-12/2020 vom 17.03.2021) und Veröffentlichung gemäß § 23 iVm § 21 Raumplanungsgesetz.

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

13. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, GST 2344 – Veröffentlichung Entwurf (inkl UEP)

StR. Markus Klien erläutert den Antrag. Es soll mit einer Baurechtsvereinbarung abgeschlossen werden.

StV. Stefan Birkel: Wir Grünen und Parteifreien finden den Neubau des Kindergartens völlig richtig. Wir möchten jedoch, dass kein zusätzlicher Parkraum für das BSBZ entsteht. Das Grundstück muss unversiegelt und unbebaut bleiben.

Bgm. Dieter Egger: Wir sind nicht Eigentümer des Grundstückes und können nur mit der Widmung entgegenwirken. Ich gehe davon aus, dass das Land kein Interesse an einer Versiegelung hat.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung der Stadt Hohenems beschließt den Entwurf zur Teiländerung des Flächenwidmungsplanes für Liegenschaft GSt.-Nr. 2344 und 7440/1, KG Hohenems, gemäß der zeichnerischen Darstellung im beiliegenden Plan (Plan-Zl h031.2-7/2021 vom 21.06.2021) und Veröffentlichung gemäß § 23 iVm § 21 Raumplanungsgesetz.

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

14. Antrag der SPÖ Hohenems & Parteifreie und Ems isch üsr: LKW-Fahrverbot Rheinauen-Rheinfähre

StV. Günter Zechner verliest den Antrag. Es wurde bereits von der Stadt eine Untersuchung gemacht. Ich finde es wahnsinnig, dass man nur an einem Punkt die Verkehrszählung macht. Wenn die Firma Kies Kopf in Zukunft das Kies zukaufen muss, bedeutet das für Hohenems wieder mehr Leerfahrten. Man muss auch in der Barnabas Fink Straße den Verkehr beobachten.

StV. Gabriele Bächle begrüßt alle. Wir sind alle sehr unzufrieden mit der Verkehrssituation ins Rheinauen und beim EHZ Rheinauen. Die LKW's sind nur ein Problem. Es sind mehrere Maßnahmen nötig. Mögliche Maßnahmen wären Tempo 20, Verlegung der Straße vor dem Eingangsbereich, Vorrang für nicht motorisierten Verkehr, einen Fahrradweg für die Radfahrer, Vergrößerung der Abstellflächen der Räder, Förderung des öffentl. Verkehrs, Parkplatzreduzierung, Parkplatzbewirtschaftung, generelles Fahrverbot während der Badesaison, usw. Dies muss besprochen werden. Wir Grünen und Parteifreien rufen alle StadtvertreterInnen hier um Unterstützung auf. Dieser Antrag ist nur ein kleiner Teil für die Lösung des Problems.

StR. Bernhard Amann: Wir sollten auch über die Menschen reden, die dort wohnen. Die Zählstelle war am falschen Ort. Die Ausfahrt beim Hofer ist eine Katastrophe. Es muss eine Lösung gesucht werden. Dieser Antrag ist ein Anstoß. Wir müssen diese Sache angehen. Wenn der Bus leer hin und her fährt bringt das auch nichts. Für uns ist es wichtig, dass man das angeht. Wir müssen bald eine Lösung finden. Dieser Antrag muss nicht 1:1 beschlossen werden. Der Antrag soll vertagt und den zuständigen Ausschüssen zugewiesen werden.

Bürgermeister: Es sind mehrere Themen die angesprochen sind. Schon im Jahre 1996 war der Eingangsbereich im EHZ Rheinauen ein Problem. Im Jahre 2017 wurden mit der Gemeinde Altach mehrere Varianten untersucht. Die Bestvariante wäre, wenn der Parkplatz über die Autobahnraststätte erschlossen werden würde. Der Bereich Rheinfähre und Im Kirchholz ist eine große Unfallstelle. Wir haben vor 1 ½ Jahren eine Ampelregelung beim Land beantragt. Leider gibt es Auffassungsunterschiede zwischen Land und uns. Die Radikalversion wäre ein Fahrverbot für PKW. Es gibt seit zwei Jahren Verhandlungen mit der Asfinag und dem Bund. Das derzeitige Bundesstraßengesetz lässt dieses derzeit nicht zu. Wir sind dran. Wenn sich diese Möglichkeit nicht ergibt, gibt es Plan B. Wir müssen den Verkehr entwirren. Der Radweg sollte räumlich getrennt werden. Wir arbeiten weiter intensiv an der Gesamtlösung. Es ist sehr komplex. Wir können es gerne in den Ausschüssen beraten.

StR. Bernhard Amann stellt einen **Vertagungsantrag** und um **Zuweisung** in die Ausschüsse.

StV. Arnulf Häfele: Ich begrüße den Vertagungsantrag und die Wortmeldung von Gabriele Bächle.

StV. Philipp Schuler: Die Situation ist sehr schlecht. Die Menschen müssen umdenken. Wir dürfen nicht nur an Hohenems denken. Wir müssen die Beziehung mit den Nachbargemeinden pflegen. Die Volkspartei unterstützt den Vertagungsantrag.

Bürgermeister: Wir haben vor zwei Jahren mit der Gemeinde Altach eine Befragung gemacht. Man muss wissen, dass ein Großteil der Besucher nicht aus Hohenems kommt. Der Autobahnanschluss wäre sehr sinnvoll. Das EHZ Rheinauen ist im ganzen Rheintal sehr beliebt.

Der **Vertagungsantrag** wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

15. Antrag der SPÖ Hohenems & Parteifreie: Übernahme des Selbstbehaltes der digitalen Endgeräte für Schüler:innen der 5. und 6. Schulstufe

StV. Günter Zechner verliest den Antrag. Wer Sozialhilfe bezieht, muss keinen Selbstbehalt bezahlen. Wenn jemand um 10 Euro über der Grenze ist, muss der Selbstbehalt bezahlt werden. Das Argument, wenn etwas kostenfrei, dass es nichts wert ist, ist einfach falsch. Es ist ein großes Anliegen von uns und ich hoffe auf Zustimmung.

Bürgermeister: Die Bildungsstadträtin kann heute leider aufgrund eines Todesfalles nicht da sein. Der Bürgermeister verliest ihre nachstehende Stellungnahme.

Ich muss mich für meine heutige Abwesenheit entschuldigen. Mein Opa ist am Wochenende verstorben und es findet zeitgleich zu dieser Sitzung die Totenwache statt.

Nichtsdestotrotz habe ich mich bereits um das Thema „Digitalisierung der Schulen und digitale Endgeräte für die SchülerInnen“ gekümmert. Ich habe bereits im Dezember zugesagt, dass ich dieses Thema intensiv verfolgen und begleiten werde, wenn es soweit ist, dazu stehe ich. Ich möchte jedoch betonen, dass es definitiv nicht die Aufgabe der Stadt ist, in pädagogische Belange und Ausstattungen einzugreifen. Es ist eigentlich ein Projekt des Bundes und des Landes, die Stadt als Schulerhalter ist hier lediglich dafür zuständig, dass die Infrastruktur an den Schulen passt (WLAN, etc.), hier hat die EDV-Abteilung schon sehr gut vorgearbeitet. Auch wenn ich es grundsätzlich begrüßen würde, dass Bildung kostenlos sein soll, ist dies die Verantwortung des Bundes und tw. auch des Landes, aber NICHT jene der Gemeinden. Deshalb werde ich (in Absprache mit den DirektorInnen der Mittelschulen und in Zusammenarbeit mit den Elternvereinen) für den Herbst bzw. das kommende Schuljahr folgende Vorgehensweise anstreben:

Ich würde das ganze Projekt jetzt mal starten lassen (der Beschaffungsprozess für die Tablets ist noch gar nicht abgeschlossen, hier ist noch komplett offen, bis wann die Geräte dann auch tatsächlich ausgeliefert werden), dann nach einem Jahr evaluieren, was gut bzw. was nicht gut läuft, wo es wirklich bei Familien zu unlösbaren Problemen geführt hat, diese sammeln wir (Schulen, die Elternvereine, wir als Stadt), sodass wir dann gezielt darauf reagieren können und schauen, in welcher Form die Stadt mit den Schulen und den Elternvereinen zusammen die Eltern tatsächlich unterstützen können, falls überhaupt notwendig... Hier gäbe es verschiedene Möglichkeiten, dass besondere bedürftige Fälle (die nicht unter die allgemeine Befreiung fallen) zB Unterstützung vom Elternverein erhalten oder dass wir – in Einzelfällen – eine andere Lösung finden (zB Hilfswerk, Sozialfond der Stadt, etc.).

Diese Vorgehensweise wurde durch die DirektorInnen und durch den Elternverein der Mittelschule Herrenried befürwortet und als gut befunden. Vom Elternverein der SMS Markt fehlt derzeit noch eine Rückmeldung.

Mir erscheint diese Vorgehensweise als wesentlich zielführender, als pauschal 100,-- Euro zu verteilen, da die Hilfe schlussendlich dann dort ankommt, wo sie benötigt wird. Zudem sehe ich es als sehr kritisch, hier in Verantwortlichkeiten des Bundes und des Landes einzugreifen, davon würde ich abraten, da dies zu einem Fass ohne Boden werden kann...

StR. Bernhard Amann: Ich finde es einen Wahnsinn, dass man einfach so darüber fährt. Die Bevölkerung von Hohenems hat das niedrigste Durchschnittseinkommen von allen Städten. Ich habe tagtäglich mit Mindestbeziehern zu tun. Ich überlasse die Entscheidung nicht dem Elternverein. Im Antrag geht es darum, dass das Amt zuständig ist und nicht der Elternverein. Die Stadt ist für mich zuständig. Jedes Kind hat einen Anspruch auf einen Laptop.

StR. Angelika Benzer: Bernhard deine Ansicht ist lobenswert für den Sozialstadtrat. Es ist ganz klar, wer Mindestsicherung bekommt, muss keinen Selbstbehalt bezahlen. Die Digitalisierung an den Schulen ist sehr wichtig. Wir haben ca. 300 Schüler in dieser Schulstufe. Der 8-Punkteplan wird vom Bund abgewickelt. Wer eine Befreiung bekommt wird vom Bund geregelt.

StV. Maria Benzer: Schönen guten Abend auch von meiner Seite. Ich verlese die Befreiungsgründe für den Selbstbehalt. Wir Grünen und Parteifreien haben verschiedene Sichtweisen angeschaut. Die DirektorInnen der Mittelschulen haben die gleiche Einschätzung und wegen der Wartung der Geräte gibt es noch offene Fragen. Lehrer, Eltern und Schüler müssen den Umgang mit den Geräten lernen. Was ist mit den Nebenkosten wie Drucker, leistungsfähiges Internet zu Hause, usw. Wir Grüne und Parteifreie sehen diesen Antrag als nicht zielführend an. Die Stadt ist Schulerhalter. Wir unterstützen die Vorgangsweise von Patricia Tschallener.

StV. Günter Zechner: Ich finde das richtig toll, was ihr alle erzählt. Es geht um die Sozialstellung und Mobbing unter den Schülern. Ihr habt den Antrag falsch verstanden. Es geht um die, die Besserverdiener sind und keine Transferzahlung erhalten.

StR. Markus Klien: Ich möchte die Gelegenheit nutzen einen Dank der IT auszusprechen, dass die technische Ausrüstung und WLAN der Schulen perfekt sind. Bis zur Lieferung der Geräte sind alle Schulen ausgestattet. Die IT-Abteilung bekommt einen Applaus von den StadtvertreterInnen.

StV. Maria Benzer: Der Beschlusstext des Antrages ist falsch und ungenau. Die Stadt Hohenems beschließt., der richtige Wortlaut wäre „Die Stadtvertretung beschließt. . . Welche SchülerInnen betrifft dies? Bekommen es auch auswärtige SchülerInnen? Bekommen es auch Hohenemser SchülerInnen in auswärtigen Schulen?

StV. Günter Zechner: Wir haben 2 Mittelschulen. Es ist für die Mittelschulen in Hohenems.

Bürgermeister: Der Beschluss ist nicht gut definiert. Ich habe allen zugehört. Ich möchte klarstellen, die Kompetenz ist beim Bund. Der Bund hat für sozialschwache Familien eine Regelung. Mit diesem Antrag machen wir genau das Gegenteil. Das ist Sozialpolitik verkehrt. Die Sozialdemokratie hat daneben gegriffen. Es ist Bundesangelegenheit. Diesen Antrag können wir nicht beschließen.

StR. Bernhard Amann: Man kann auch eine Absichtserklärung beschließen.

Bürgermeister: Es wäre ein Budgetvorgriff und es ist einfach inhaltlich falsch. Es ist kein sinnvoller Antrag. Der Bund deckt die schlechter gestellten Menschen ab. Wir haben einen Sozialfond von € 30.000,00 und über diesen kann StR. Bernhard Amann verfügen.

StR. Bernhard Amann: Mir geht es um die Absicht. Es ist eine andere Geschichte. Ich habe das Budget von € 30.000,00 und wenn es Härtefälle gibt, können wir diese unterstützen.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadt Hohenems beschließt, den allfälligen Selbstbehalt für das digitale Endgerät, welches die Schüler:innen im Rahmen des Projektes „Digitalisierung der Schule“ erhalten, zu übernehmen.

wird mit 31:5 Stimmen (Ems isch üsr; SPÖ) **abgelehnt.** .

16. Kundmachung eines Landtagsbeschlusses betreffend ein Gesetz über eine Änderung des Landesforstgesetzes

Der **Antrag** lautend auf:

Es wird ein Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung gestellt.

wird mit 35:1 Stimmen (StR. Bernhard Amann) **abgelehnt**.

17. Beantwortung von Anfragen gemäß § 38 Abs. 4 Gemeindegesetz

Die vorliegenden Anfragen wurden bereits schriftlich beantwortet.

18. Genehmigung der Niederschrift über die 7. Sitzung der Stadtvertretung

StV. Sabine Mohr-Egger: Auf der Seite 5, 1. Absatz letzter Satz: „*Mit diesem Antrag gibt man dem Bürgermeister die notwendige Kompetenz*“ sollte richtig lauten: Mit diesem Antrag bewegt man sich innerhalb der Kompetenz der Stadt und der Stadtvertretung.

Die Niederschrift, mit der o.a. Änderung, wird 35:1 Stimmen (StV. Arnulf Häfele) genehmigt.

19. Allfälliges

StR. Angelika Benzer stellt nachstehende **Anfragen** nach § 38 Abs. 4 GG:

Nach welchen Kriterien wurden die letzten 12 Monate die Standorte für mobile Radarmessungen, sprich Radarauto und Laserpistole ausgewählt? Und wie oft bzw. wie lange waren sie jeweils im Einsatz?

Wie viele Abstandsnachsichten hat die Stadt Hohenems in der vergangenen Periode an Nachbarn gewährt? Wie viele wurden mit ja bzw. nein beurteilt? Und nach welchen Kriterien wurden Zu- bzw. Absagen entschieden?

Bürgermeister stellt eine Zwischenfrage: Was ist genau mit Abstandsnachsichten gemeint?

StR. Angelika Benzer: Die Stadt als Eigentümer ist gemeint.

Wie viele Angebote sind für das GST 8952 „Wohnen für junge Familien“ eingegangen? Das ist eine Zusatzfrage zur Anfrage von StV. Arnulf Häfele.

StR. Angelika Benzer: Meine nächste Wortmeldung ist keine Anfrage nach § 38. Uns alle hier würde interessieren wie in Zukunft der Planungs-, Bau- und Stadtwerkeausschusses aussieht? In dieser Periode hat man diese Ausschüsse sinnhafterweise zusammengelegt, da sie sich themenmäßig überschneiden. Nun sind aber wieder 2 unterschiedliche Stadträte zuständig.

Bürgermeister: Beim Planungs-, Bau- und Stadtwerkeausschuss bleibt Markus Klien der Vorsitzende. Die Tagesordnung wird gemeinsam erstellt.

StV. Sabine Mohr-Egger: Es ist keine Anfrage sondern eine Bemerkung zu einer Anfragebeantwortung des Kollegen Häfele aus der letzten Sitzung. Unter anderem lautete die Anfrage wegen einer Bankgarantie für die Zufahrt zur Wohnanlage RIVA Schlossberg.

Der Betrag wird im Budgetjahr 2021 als Kostenbeitrag an die Rhombergbau GmbH zur Erschließung von der Erlachstraße verwendet. Er wollte explizit wissen wie der Vertrag lautet. Und was bekommt er als Antwort? Der Vertrag lautet, dann kommt die Überschrift und die Vertragspartner und das war es. Und das ist keine ordentliche Anfragebeantwortung. Es ist eine Brüskierung von Dr Häfele und uns allen. Wir sind nicht hier aus Jux und Tollerei. Wir sind von den HohenemserInnen gewählt worden. Die gestellten Anfragen nach § 38 Abs. 4 sind ein wichtiges Instrument auch der Demokratie und muss dementsprechend beantwortet werden. Es ist eine Missachtung der Demokratie. Ich fordere Sie auf, in Zukunft die Anfragen richtig zu beantworten.

Bürgermeister: Liebe Frau Kollegin Mohr-Egger, wir haben bewiesen alle Anfragen und auch solche, die auch nicht in die Stadtvertretung kommen, zu beantworten. Die Anfragen müssen konkret gestellt werden.

StV. Sabine Mohr-Egger: Es ist wohl konkret genug, wenn es heißt, den Wortlaut des Vertrages.

StV. Arnulf Häfele: Danke Frau Kollegin. Die gesamte Stadtvertretung wird brüskiert. Ich gebe Ihnen noch einen Tag Zeit, um die Anfrage richtig zu beantworten. Die Anfragebeantwortung ist unglaublich. Ich gebe Ihnen einen Tag Zeit. Es zeigt die tatsächliche Nähe des Bürgermeisters.

Ich stelle nachstehende **Anfragen** nach § 38 Abs. 4 GG:

Gemäß § 15 Gemeindegesetz kann die Gemeinde Bezeichnungen von Örtlichkeiten durch Verordnung festsetzen. Die Stadt Hohenems hat in der Februar-Sitzung beschlossen, die Örtlichkeit vor dem Jüdischen Museum als Aron-Tänzer-Platz zu benennen. Die Verordnung ist bis heute nicht erlassen worden.

Warum ist diese Verordnung bis heute nicht erlassen worden?

Beim denkmalgeschützten Alten Rathaus in der Säge ist seit über einem Jahr das Dach schadhaft und der Kaminhut weggebrochen. Welche raschen Schritte werden Sie unternehmen, um das wertvolle denkmalgeschützte Gebäude vor weiterem Schaden zu bewahren?

Warum ist bisher trotz vieler Urgezen nichts geschehen?

Die Pflege der Verbindung zu unseren Partnerstädten Policka und Bistrau ist auch corona-bedingt nicht weiterentwickelt worden. Nun sollten aber wieder Taten gesetzt werden.

1. Welche Pläne haben Sie in nächster Zukunft zum Wiederaufleben der Beziehungen zu unseren Partnerstädten?
2. Wann hatte die Stadt den letzten Kontakt mit den Partnerstädten und
3. Was wurde bei diesen Kontakten vereinbart?

Wann beginnen die Bauarbeiten zur Errichtung der Sperre zwischen Palast und Gasthof Löwen?

Bürgermeister: Am 12. Juli ist der Baubeginn

In der 6. Sitzung der Stadtvertretung hat die Mehrheit der Stadtvertretung gegen meine Stimme eine Resolution zur Änderung der Bundesverfassung nach Wien geschickt. An wen wurde diese Resolution gesandt und welche Reaktionen sind von den Empfängern der Resolution eingelangt?

Bürgermeister: Es ist noch keine Reaktion da.

Die Firma Kies-Kopf und der Altacher Bürgermeister haben erklärt, dass sie innerhalb von 5 Jahren den Schwerverkehr beim Schwimmbad Rheinauen durch einen neuen Autobahzubringer auf die Autobahn führen werden. Da Hohenems davon stark betroffen ist, stelle ich die Anfrage gemäß § 38 Abs 4:

1. Haben in dieser Frage Kontakte, Besprechungen oder Verhandlungen zwischen den Gemeinden Altach und Hohenems stattgefunden?
2. An welchem Datum haben sie stattgefunden?
3. Welches Ergebnis haben die Verhandlungen gebracht?
4. Was hat die Stadt Hohenems gegenüber der Gemeinde Altach für eine Haltung eingenommen?

Bürgermeister: Was meinen Sie mit Verhandlungen stattgefunden? Es hat eine gemeinsame Studie gegeben für ein Gesamtkonzept gegeben. Wir haben den Fokus auf die Rheinauen und Altach auf Kies Kopf gelegt. Dies wurde schon mehrfach bekannt gegeben. Die Termine waren unterschiedlich.

StV. Arnulf Häfele: Ich wünsche Ihnen dieses Mal mehr Glück sonst hat die Behörde viel Arbeit.

StV. Philipp Schuler: Ich stelle nachstehende **Anfrage** nach § 38 Abs. 4 GG:

Aus der Bevölkerung wurde mir immer wieder gemeldet, dass zum Ausflugsgasthaus Schwefelberg immer wieder junge Leute mit dem Auto hinauf fahren. Hat die Fachabteilung eine Nutzung der Straße ausgesprochen? Wie sehen die Fahrrechte aus?

Bürgermeister: Es gibt ein Fahrverbot und dieses beginnt mit Ende Jüdischer Friedhof und eine Fahrberechtigung für den Wirt. Generell ist ein Fahrverbot zum Schwefelberg.

StV. Philipp Schuler: Wird das kontrolliert?

Bürgermeister: Das ist schwierig. Das Fahrverbot zum Funkenplatz wird regelmäßig kontrolliert. Der Schwefelberg wird nicht kontrolliert.

StV. Philipp Schuler: Ich gebe eine Anregung zur Kontrolle.

Bürgermeister: Ich werde es an die Stadtpolizei weiterleiten.

StR. Gerhard Stoppel: Ich muss deiner Aussage widersprechen. Wir haben keine Einsicht in die Verträge der Verschränkung der Tiefgarage bekommen.

Bürgermeister: Es ist nur noch eine privatrechtliche Angelegenheit. Weiters kann ich mitteilen, dass inzwischen Fam. Sauer unterschrieben hat.

Ende der Sitzung: 21:01 Uhr

Die Schriftführerin:

Birgit Amann

Der Vorsitzende:

Bgm. Dieter Egger



Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Dieses Dokument ist amtssigniert im Sinne des E-Government-Gesetzes.

Mechanismen zur Überprüfung des elektronischen Dokuments sind unter <https://www.vorarlberg.at/signaturpruefung> verfügbar.